

Weltfriedenstag 2012

Friedrich Schütz

Der 1. September eines jeden Jahres ist für viele Menschen der Weltfriedenstag. Ich halte diesen Begriff im Vergleich zu dem vor allem im Westen unseres Landes verbreiteten „Antikriegstag“ für den umfassenderen, bringt er doch direkt zum Ausdruck, wonach sich der überwiegende Teil der Menschheit sehnt. Und Frieden ist mehr als Nichtkrieg, ist das solidarische Zusammenleben zwischen und innerhalb der Staaten. Von einem solchen Zustand ist die Menschheit aber weit entfernt.

Der 1. September wurde zum Weltfriedenstag erklärt, weil an diesem Tag vor 73 Jahren mit dem militärischen Überfall des deutschen Faschismus auf Polen der verbrecherischste und verheerendste aller bisherigen Kriege, der Zweite Weltkrieg, begann. An die weit über 50 Millionen Toten und weitere viele Millionen Verletzten sowie an die ungeheuren materiellen Zerstörungen kann nicht oft genug erinnert werden. Die am 6. und 9. August 1945 auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki abgeworfenen Atombomben zeigten schon damals, daß die Menschheit in der Lage ist, sich selbst zu vernichten. Die damalige Hoffnung vieler Menschen, dieser Krieg werde der letzte gewesen sein, erfüllte sich nicht. Von den vielen Kriegen und mi-



litärischen Konflikten sei nur an die in Korea und Vietnam, an die ständigen Auseinandersetzungen im Nahen und Mittleren Osten sowie an die Kriege in einigen afrikanischen Staaten erinnert. Mit dem NATO-Krieg gegen Jugoslawien am Ende des vorigen Jahrhunderts, an dem auch Deutschland beteiligt war, wurde auch Europa wieder zum Kriegsgebiet. Eine neue Etappe der Kriegsführung begann, als nach dem Terroranschlag vom 11. September 2001 sich der damalige USA-Präsident Bush entschloß, mit den Angriffen auf Afghanistan und den Irak „die ersten Kriege des 21. Jahrhunderts“ zu führen. Völlig im Gegensatz zum Völkerrecht stand im vergangenen Jahr die Einmischung mehrerer NATO-Staaten in die innerlibyschen Kämpfe. Die hier nur angedeuteten, völlig unvollständigen Beispiele zei-

gen: Friedenskräfte in der Welt konnten es nicht verhindern, daß nach den beiden großen Weltkriegen weiterhin millionenfach viel Not und Elend über die Menschen gebracht wurde.

Zu den Kräften, die sich konsequent für Frieden und Abrüstung, gegen jede Form von Kriegen einsetzen, gehört unsere Partei. Der Parteivorstand beschloß auf seiner Tagung am 4. und 5. August unter der Überschrift „Keine Soldaten, keine Waffen, kein Geld für Kriege dieser Welt!“ einen Aufruf zum diesjährigen Weltfriedenstag. Darin heißt es unter anderem: „Dieser Tag soll uns immerwährende Mahnung sein, daß Kriege immer nur Leid, Tod und Zerstörung über die Menschen bringen. Wir stellen uns gegen die Auslandseinsätze der Bundeswehr in Afghanistan und anderswo. Wir stellen uns gegen die immer aggressive Aufrüstung der Bundeswehr... Die Bundeswehr muß sofort aus allen Auslandseinsätzen zurückgerufen werden... Mit der Waffe in der Hand läßt sich keine Demokratie verbreiten, lassen sich keine Konflikte lösen, lassen sich keine Menschenrechte schützen. DIE LINKE sagt entschieden Nein zu direkten und indirekten militärischen Interventionen in Syrien und dem Iran, alle Kriegsvorbereitungen und -unterstützungen müssen gestoppt werden... DIE LINKE fordert ein Verbot aller Rüstungsexporte, ohne Wenn und Aber. Denn bis heute sind uns die Schrecken der Weltkriege und der 1. September tagtägliche Mahnung.“

Aus dem Inhalt

Das Thema:

Friedenspolitik

Seite 1 - 3

• Außerordentlicher Landesparteitag

Seite 4

• Papier der Parteivorsitzenden

Seite 5

• Sommertour von Jan Korte

Seite 6

• Besucherguppe im Bundestag

Seite 7

• Bernburger Sommerfest

Seite 8

• Kreistag

Seite 9

• BO Bernburg- Talstadt

Seite 11

Weltfriedenstag ist in Staßfurt nicht vergessen

Ralf- P. Schmidt

Dem Aufruf der Staßfurter LINKEN waren BürgerInnen, Mitglieder von Vereinen und GenossInnen der Partei DIE LINKE gefolgt. So konnte Ralf-P. Schmidt, Vorsitzender der Staßfurter-LINKEN, in der Staßfurter Steinstr. Worte der Mahnung und des Gedenkens anlässlich des Weltfriedenstages an die Anwesenden richten. „Nie wieder Faschismus und Krieg“ war auf dem Blumengebinde zu lesen.

In nun schon traditioneller Weise ruft die Staßfurter LINKE zur Mahn- und Gedenkveranstaltung anlässlich des Weltfriedestages auf. Der Redner machte nicht nur auf die Opfer und die Zerstörung des von Hitlerdeutschland 1939 ausgehenden Weltkrieges aufmerksam, sondern formulierte klar, dass die Friedensbewegung bis heute nicht an Aufgaben und Notwendigkeit in Deutschland verloren hat. „Wie sieht die Realität aus? Deutschland ist an Kriegen beteiligt! Deutsche Frauen und Männer sind in Kriegseinsätzen.



Weltfriedenstag

Deutschland beklagt in diesen Zeiten, erneut Kriegsoffer. Und: Deutschland ist ein Land der Waffenindustrie und Waffenlieferant - weltweit.“ führte er aus.

Wir meinen: Der Vorrang militärischer Konfliktlösung ist nicht zukunftsfähig! Am 1. September, dem europaweiten Antikriegs- und Weltfriedenstag, gedenken die Staßfurter der Millionen Opfer jenes Krieges und der Opfer aller nachfolgenden Kriege und militärischen Auseinandersetzungen. Der

1. September sollte immer Mahnung sein, dass die Logik des Krieges stets mit menschlichem Leid, Zerstörung der Umwelt und der wirtschaftlichen Basis und sozialem Elend einhergeht. Nicht einmal als letztes Mittel darf Krieg gedacht werden - waren sich die Anwesenden einig.

Zivile Konfliktlösung muss in jeder Auseinandersetzung das angestrebte Ziel sein. Dazu gehört für DIE LINKE die Stärkung der UNO, eine Umwandlung von Militärbündnissen - allen voran der NATO in Systeme kollektiver Sicherheit und radikale Abrüstung sowie ein Verbot von Waffenexporten.

Ralf-Peter Schmidt ist Vorsitzender der BO Staßfurt

Die Opfer von Kundus dürfen nicht vergessen werden

Friedrich Schütz

Als am 4. September 2009 sich eine größere Zahl vor allem junger Afghanen am Kundus-Fluß getroffen hatte, um von zwei von den Taliban entführten, aber stehen gebliebenen Tanklastzügen Benzin abzuzapfen, befahl der Bundeswehroberst Georg Klein, diese Gruppe, die er angeblich für Taliban hielt, zu bombardieren. Er bestand auch dann noch auf seinem Befehl, als die US-Piloten wegen der vielen Zivilisten den Angriff abbrechen wollten. Bei diesem Bombardement kamen nach Angaben von Karim Popal, des Anwalts der Opfer, 139 Menschen ums Leben. Weitere wurden verletzt oder vermißt.

Abgeordnete der LINKEN erinnerten während einer Plenartagung des Bundestages am 26. Februar 2010 durch Schilder mit den Namen und dem Alter der Getöteten an dieses Massaker. Sie wurden wegen dieser Art des Pro-

testes durch den Präsidenten aus dem Saal verwiesen.

Dieser Angriff, so heißt es in einer ZDF-Dokumentation, gilt als der „blutigste deutsche Militäreinsatz seit dem Zweiten Weltkrieg“. (s. junge Welt, 3. 9. 2011). Selbst der damalige Verteidigungsminister zu Guttenberg (CSU) mußte einräumen, daß der Angriff militärisch „nicht angemessen gewesen“ sei. Oberst Klein aber ging völlig straf-frei aus, ja er steht gegenwärtig sogar vor der Beförderung zum General.

Die Hinterbliebenen der Opfer erhielten bisher keine Entschädigung, sondern lediglich eine als „humanitäre“ Geste deklarierte Summe von 5000 US-Dollar je Familie, wobei zu bezweifeln ist, ob diese auch überall angekommen ist. Rechtsanwalt Popal und seine Mitstreiter wollen in dem beim Landgericht Köln anhängigen Prozeß erreichen, „daß die Regierung ihnen eine lebenslange Op-

ferrente nach den lokalen Bedürfnissen zahlt. Für die Waisen sollen ein Waisenheim und eine Schule eingerichtet werden“ (s. nd, 4. 9. 2012). Es ist zu hoffen, daß diese Ziele erreicht werden.

Naher Osten - ferner Frieden

Andre Brie

Der „Dreißigjährige Krieg“ des 17. Jahrhunderts hatte sich in Deutschland und anderen Ländern als Katastrophe und tiefer Eindruck erwiesen worden. So wurde der Westfälische Frieden nicht zufällig zur bis dahin und für anderthalb Jahrhunderte folgenschwersten Vereinbarung. Auch wenn die demografischen und wirtschaftlichen Folgen noch lange Jahrzehnte viele Länder prägten, wurde der Friedensschluss von vielen Menschen als Befreiung von Unsicherheit und Tod erlebt. Die Französisch-Englischen Kriege zogen sich sogar noch über mehr als ein Jahrhundert und wurden von 1337 bis 1453 gezählt. Der erste Weltkrieg hätte sich durch seine Millionen Toten und Verletzten, Verwüstungen, wirtschaftliche, kulturelle und gesellschaftspolitische Folgen noch stärker als folgenschwere europaweite Krise erweisen müssen, blieb – außer in Russland beziehungsweise der Sowjetunion – jedoch weit weniger als allgemeine Gedächtnis- und Änderungserfahrung ergebnisvoll. Erst der von den deutschen Nazis ausgelöste und geführte zweite Weltkrieg wurde als historische, gesellschaftliche und allgemeine Veränderung erlebt, dass er international und in vielen Staaten zu weitreichenden Wandlungen führte, zu der ganz besonders die Bildung der UNO und ihrer Charta sowie die europäische Integration gehörte.

Aus solchem historischen Rückblick sollte jedoch nicht auf den jüdisch-palästinensischen Konflikt und seine Kriege und anderer Auseinandersetzungen geschlossen werden. Er hat einen geschichtlich beispiellosen Charakter. Letzten Endes dauert er nicht erst seit der UN-Entscheidung über die Aufteilung Palästinas auf einen jüdischen und arabischen Staat sowie dem ersten Krieg 1948, sondern durch Massaker beider Seiten seit Ende der zwanziger Jahre in einer extrem kleinen Region inzwischen schon fast ein Jahrhundert. Er war von Anfang



Andre Brie 2009 in Bernburg (Foto: privat)

an sowohl seitens jüdischer und palästinensischer Untergrundgruppen auch durch terroristische Methoden geführt worden, zu seinen Wurzeln trugen das geschichtlich beispiellose Schicksal des jüdischen Volkes durch die Holocaustpolitik der deutschen Nazis ebenso wie die anhaltende Missachtung des Selbstbestimmungsrechtes der palästinensischen Nation bei, führte zur millionenfachen Vertreibung von Palästinenserinnen und Palästinensern, trug zu mehreren internationalen Kriegen und globalen politischen Krisen bei.

Viele der Palästinenser und ihre Nachkommen leben als Flüchtlinge seit Jahrzehnten in Syrien, Libanon, Jordanien und Ägypten. Arabische und Beduinen, die Staatsbürgerinnen und -bürger Israels sind, werden sozial, juristisch und politisch benachteiligt und unterdrückt. Vor allem die Palästinenserinnen und Palästinenser im Gaza und Westjordanland erleben bis heute vielfältige, grausame tägliche Lebensbedingungen, die sich nur schwer vorstellen lassen. Eine deutsche Studentin in der palästinensischen Universität Bir Zeit sagte mir einmal: „Wenn die Deutschen nur einen Tag lang das Harmloseste dieser Praktiken durch ihre Polizei erleben müssten, sie würden alle revoltieren. Hier ist das seit Jahren und Jahrzehnten Alltag - und oft viel schlimmer. Nur wenige Palästinenser werden militant. Die Menschen gewöhnen sich selbst an das Schlimmste.“

Antisemitische, antijüdische sowie

antipalästinische Positionen und Ressentiments sind in den Konfliktseiten und internationalen politischen Einschätzungen nicht selten. Sie haben unterschiedliche Erscheinungen und Wurzeln, aber sie sind gleichermaßen gefährlich, häufig und völlig unangebracht, für die Erklärung oder gar die Lösung dieses Konflikts angebracht zu werden. Eine Lösung muss sowohl die Sicherheit und Perspektive Israels wie die Unabhängigkeit Palästinas einschließen.

Die gelegenen Versuche und Hoffnungen auf eine einvernehmliche Lösung der beiderseitigen Konflikte scheiterten jedes Mal, insbesondere an der israelischen Regierungsposition, und so schwanden auch die Unterstützungen in den Bevölkerungen. Noch beim Amtsantritt des US-amerikanischen Präsidenten Obama wuchs noch einmal Zuversicht, doch gegenwärtig wird kaum noch jemand vorstellen können, dass es in absehbaren Jahren zu einer Einigung und zu einem dauerhaften Frieden kommen könne. International und in Israel nimmt man stattdessen lieber unverantwortlich seine offensichtlichen und ungeheuren Gefahren durch die Verknüpfung mit anderen Konflikten, so insbesondere der israelisch-iranischen und westlich-iranischen Differenzen, in Kauf. Wie also soll man Zukunfts- und Frieden Hoffnungen haben? Eine Lösung und die Bildung eines stabilen und friedlichen palästinensischen Staates ist unabdingbar. Nur die Kräfte dafür fehlen gegenwärtig sowohl in Israel wie Palästina und vor allem in der internationalen Gemeinschaft. Doch die Friedenskräfte auf beiden Seiten sind schwächer als lange und werden international missachtet und kaum unterstützt, obwohl gerade sie die Verständigung ermöglichen könnte und auf mutige Weise vorleben.

Dr. sc. André Brie ist Mitglied des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern

Birke Bull – neue Landesvorsitzende der LINKEN

Zur außerordentlichen Tagung des 3. Landesparteitages

Friedrich Schütz

Die Wahl unseres Landesvorsitzenden Matthias Höhn auf dem Göttinger Parteitag zum Bundesgeschäftsführer machte es erforderlich, eine Nachfolgerin oder einen Nachfolger für diese Funktion zu wählen. Der Landesvorstand berief deshalb für den 21. Juli eine außerordentliche Tagung des Parteitages nach Magdeburg ein. Dieser bot zugleich die Möglichkeit, den bisherigen Vorsitzenden zu verabschieden. Die Delegierten und Gäste konnten auf diesem Parteitag den neuen Parteivorsitzenden Bernd Riexinger begrüßen.

Einzige Kandidatin für das Amt der/des Vorsitzenden war die langjährige stellvertretende Landes- und Fraktionsvorsitzende Birke Bull, die mit dem beachtlichen Ergebnis von 89,2 % der Delegiertenstimmen gewählt wurde. Bei der Wahl um das damit frei gewordene Amt eines/einer stellvertretenden Vorsitzenden setzte sich der Wittenberger Jurist Jörg Schindler mit fast 75 % der Stimmen gegen Bianca Görke aus dem Salzlandkreis durch.

Mit der Lehrerin und Soziologin, der 48 Jahre jungen Birke Bull steht nach längerer Zeit wieder eine Frau an der Spitze eines der sechs ostdeutschen Landesverbände. Ich denke, im Namen vieler Leser/innen zu schreiben, wenn ich an dieser Stelle aus meinem Glückwunschschreiben an Birke zitiere: „Ich wünsche Dir für Deine verantwortungsvolle Tätigkeit alles Gute, viel Erfolg, gute Ideen und die tatkräftige Unterstützung durch die Parteibasis und Dein Leitungskollektiv. Ganz besonders wünsche ich Dir viel Glück und Freude, viele schöne und erholsame Stunden im Kreise Deiner Familie, Schaffenskraft und stets beste Gesundheit.“

Eine besonders enge Beziehung verbindet die in Halle wohnende und über Sachsen-Anhalt hinaus bekannte Spitzenpolitikerin mit dem Salzlandkreis – und hier besonders mit dem früheren Kreis Bernburg. Seit 1994 kandidierte sie bei allen anstehenden Landtagswahlen im



Wahlkreis Bernburg und wurde auch stets, bedingt durch gute Plätze auf der Landesliste, als Abgeordnete gewählt.

In Bernburg ist sie in der BO Bernburg-Strenzfeld politisch organisiert und hier hat sie, seit 2005 gemeinsam mit dem Bundestagsabgeordneten Jan Korte, ihr Wahlkreisbüro. In ihrem Wahlkreis besucht die Abgeordnete, meistens begleitet von ihrer Mitarbeiterin Jana Lankau, regelmäßig Betriebe, Vereine, Schulen und andere pädagogische Einrichtungen, aber auch Parteiveranstaltungen. Nicht unerwähnt bleiben soll, daß sie eine der ständigen Autorinnen unserer Zeitung ist. Für all das Geleistete, bei dem sich stets ihre Kompetenz und der Wille zum Verändern zeigten, gilt ihr anläßlich ihrer Wahl der Dank des Kreisvorstandes und der Redaktion.

Den am Anfang dieses Artikels aufgeführten Wahlergebnissen gingen zwei Reden und die Aussprache dazu voraus. Matthias Höhn ging zu Beginn seiner Rede auf die gegenwärtige Krise dieser Gesellschaft ein. „Die Lage ist ernst.“ Sie ist für viele Menschen „seit langem trauriger Lebensalltag“.

Für DIE LINKE stehen dagegen „die täglichen Probleme der Menschen im Zentrum praktischer Politik“. Bei Wahlen wird nach „unserem Gebrauchswert als LINKE“ entschieden. An einigen Beispielen zeigte er auf, daß die Partei in ihrer Entwicklung Höhen und Tiefen durchlief. So 2002, als wir mit dem Nichterreichen der 5 Prozent-Hürde bei den Bundestagswahlen „unsere bitterste Niederlage verkraften mußten“. Sieben Jahre spä-

ter wurde die Partei dagegen erstmals stärkste Kraft in Sachsen-Anhalt.

Einen breiten Raum in seiner Rede nahmen Worte des Dankes und der Zuversicht ein. Und dann bezogen auf Birke: „Birke Bull hat ihre Kandidatur als Vorsitzende erklärt. Ich freue mich darüber, ich unterstütze das mit aller Kraft. Gebt ihr nicht nur eine Chance, gebt ihr die gleiche Unterstützung wie mir. Personen mögen wechseln, unsere Aufgabe als LINKE in diesem Land bleibt.“

Birke Bull begann ihre vielseitige und gedankenreiche Rede mit der Feststellung: Was die Spitzen der neuen Parteiführung machen, „ist genau das Richtige für die Partei in der jetzigen Situation. Der Parteitag war für uns alle eine Zäsur.“ Sie stellte die großen Potentiale heraus, über die DIE LINKE verfügt, die aber besser als bisher genutzt werden müssen. Ausführlich ging sie auf ihre Vorstellungen zur weiteren Entwicklung solcher wichtigen Politikfelder wie Bildungs- und Sozialpolitik, Tarif- und Rentenpolitik sowie auf die weitere Entwicklung der Demokratie ein.

Für besonders bedeutungsvoll halte ich einige Bemerkungen im Schlußteil der Rede: „Ich will in dieser spannenden Zeit gern die Verantwortung für diesen Landesverband übernehmen. Dazu zählt für mich auch, diese Verantwortung zu teilen und Beteiligungsformen auszubauen ... Der Aufruf zum Zuhören und zum gemeinsamen Gestalten, der Ruf nach politischer und kultureller Öffnung der Partei und nach Mut zu neuen Wegen ist mir ernst und wichtig.“

Zu einem Diskussionspapier der Parteivorsitzenden in Vorbereitung auf die Bundestagswahl

Friedrich Schütz

In der vorigen, unserer Anfang Juli erschienenen Zeitung wurde ein Überblick über die vielseitigen Maßnahmen unserer neuen Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger, ihres 120-Tage-Arbeitsprogramms gegeben. Erinnert sei an die vom 23. Juli bis zum 21. August geplante Sommertour durch viele Parteigliederungen, an eine Massenkonzert mit Funktionären aus einem Ost- und einem Westlandesverband und an zwei Beratungen des Geschäftsführenden Parteivorstandes mit den Landesvorsitzenden, um nur einige anzuführen. Dabei ging es den Vorsitzenden, wie immer wieder hervorgehoben wurde, um das Zuhören sowie das gegenseitige Kennenlernen und die Entwicklung engerer Kontakte zwischen der Parteiführung und der Basis.

Am 31. August, also nur zehn Tage nach der Beendigung ihrer Sommertour, legten die Vorsitzenden ein „Diskussionspapier zur Wahlkampfplanung in Auswertung der Zuhöroffensive des 120-Tage-Programms“ vor. Es enthält wichtige Gedanken auf dem Weg zur Erarbeitung der Wahlstrategie unserer Partei, die auf der Vorstandstagung am 8. und 9. September, also nach Redaktionsschluß der DLZ, diskutiert wurde und im Oktober beschlossen wird.

In dem Papier wird davon ausgegangen, daß der Bundestagswahlkampf ein „Mitmachwahlkampf“ sein soll. Nicht Plakate und Anzeigen, sondern die Mitglieder sowie die Sympatiantinnen und Sympatianten sollen im Mittelpunkt stehen. Damit möglichst viele von ihnen „mitmachen“, soll der heißen Wahlkampfphase eine Aktivierungsphase vorangehen. Es darf aber nicht übersehen werden: Ein großer Teil der Mitglieder kann aus Alters- und Gesundheitsgründen nicht mehr am Wahlkampf, ja sogar nicht einmal am Parteileben teilnehmen. Große Aufmerksamkeit widmet das Papier den WählerInnen. Durch den Dialog mit Ihnen soll erreicht werden, daß „wir ihre Probleme und Ideen in unsere Politik integrieren können“. In dem Pa-

pier wird hervorgehoben, und das halte ich für äußerst wichtig, in Gesprächen die richtige „Tonlage“, aber auch die emotionale Seite zu beachten.

Einen breiten Raum in diesem Papier nehmen die politischen Schwerpunkte des Wahlkampfes ein, so Mindestlohn und Mindestrente, Ablehnung der Rente mit 67, Verbot der Leiharbeit, Ablehnung von Privatisierungen, Begrenzung von Reichtum und Bändigung von Spekulationsgeschäften, ökologischer Umbau sowie friedliche Außenpolitik und konsequentes Nein zum Krieg. Hervorgehoben wird auch: „DIE LINKE ist eine Partei des Öffentlichen“. In diesem Zusammenhang wird der Art und Weise des Vorgehens im Wahlkampf viel Platz eingeräumt. So muß z.B. der Armut ein Gesicht oder der Empörung der Menschen eine Adresse gegeben werden. An vielen Beispielen wird dargestellt, was damit gemeint ist.

In den Überlegungen der Vorsitzenden wird auch das Problem einer Regierungsbeteiligung, also die Bildung einer Koalition von Rot-Grün-Rot aufgegriffen. Von allen Parteien hat DIE LINKE die größten Schnittmengen mit der SPD. Die beiden Politiker/innen sprechen sich für eine „Doppelstrategie“ mit den Sozialdemokraten aus. Gibt es in bezug auf die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und die Erhöhung des Spitzensteuersatzes Übereinstimmung, so gehen die Positionen zum Fiskalpakt, zur Euro-Krise, zur Deregulierung der Arbeits- und Finanzmärkte und zu Militäreinsätzen doch weit auseinander.

Die Vorsitzenden haben die Grundzüge der Wahlstrategie der SPD durchaus anerkannt. So lehnt diese eine Koalition, ebenso wie auch die Grünen mit uns klar ab. Es wäre in ihrem Interesse, wenn DIE LINKE bei der Wahl unter 5% bliebe. Unsere Partei, so Katja Kipping und Bernd Riexinger, werden im Wahlkampf deutlich herausstellen, „daß die SPD nur immer übers Soziale redet, wenn sie in der Opposition ist, aber nur selten sozial handelt, wenn sie regiert“.

Bei allem darf nicht übersehen werden:

„Ein Regierungswechsel kann vielleicht ohne uns möglich sein, einen Politikwechsel gibt es aber nur mit uns“. Das ist auch der Hauptgrund, warum unsere Partei trotz der negativen Äußerungen der möglichen Koalitionspartner an einer Regierungsbeteiligung interessiert ist. Hierfür gibt es aber nach den Festlegungen im Grundsatzprogramm der Partei mehrere Haltelinien, und das halte ich auch für richtig. Unsere Partei wird sich also nur an einer linken Bundesregierung beteiligen, wenn gesichert ist, daß

- sie für eine friedliche Außenpolitik steht,
- kein Mensch weniger als 1000 Euro Einkommen im Monat hat,
- Reichtum couragiert besteuert wird.

Das mehr als sieben Seiten umfassende Diskussionspapier, aus dem ich einige Grundgedanken dargestellt habe, ist kein Parteibeschuß. Es ist die erste veröffentlichte Meinung zur Erarbeitung der Wahlstrategie für die Bundestagswahl - und zwar durch die beiden höchsten Repräsentanten der Partei. Und damit ist es zugleich der Beginn der Aussprache darüber. Wir, die Mitglieder sowie die Sympatiantinnen und Sympatianten unseres Kreisverbandes, haben bereits am 20. September die Möglichkeit, durch Dr. Bernd Ihme eine Einführung in die Grundzüge dieser Strategie zu erhalten und darüber ausführlich zu diskutieren.

Sommertour führte durch den Salzlandkreis

Jörg Lemmert

Sommerzeit ist Sommertourzeit. In diesem Sinne war Jan Korte auch in diesem Jahr wieder im gesamten Wahlkreis Anhalt unterwegs. Auch diverse Ziele im Salzlandkreis waren Bestandteil des umfangreichen Programms. So gab es z.B. wieder öffentliche Bürgersprechstunden auf den Marktplätzen der Region. In Egeln, Güsten und Staßfurt suchten die Bürgerinnen und Bürger das Gespräch mit dem Abgeordneten. Dabei ging es nicht nur um das Wetter, dass sich während der gesamten Tour von seiner besten Seite zeigte. Vielmehr nutzten viele die Gelegenheit, um sich an Jan Kortes Wahlkreisumfrage zu beteiligen. In 6 kurzen Fragen wollte der Abgeordnete u.a. wissen, was die Bürgerinnen und Bürger von ihm erwarten, was ihnen vor Ort am meisten fehlt und was sie als die drängendsten Probleme der Region sehen. Die Ergebnisse der Befragung möchte der Abgeordnete für seine zukünftige Arbeit nutzen.

Auch Termine bei Vereinen, Verbänden und Initiativen standen wieder auf dem Programm der Sommertour. So gab es z.B. in Hecklingen einen Besuch beim Kleingartenverein „Goldene Aue“. Bürgermeister Kosche und der Vorsitzende Herr Knauf führten durch die Anlage und berichteten über Erfolge und Probleme der Kleingärtner. Ein Tafelgarten ist das Aushängeschild der Anlage, die, wie viele andere auch, mit zunehmenden Leerstand zu kämpfen hat. Jan Korte wies in diesem Zusammenhang auf seine Anfrage bei der Bundesregierung zum Umgang mit Leerstand in Gartenanlagen hin. Noch in diesem Jahr soll dazu ein Konzept vorgelegt werden.

Auch im Bau- und Industriedenkmal „Alte Ziegelei“ Westeregeln war der Abgeordnete im Rahmen der Tour zu Gast. Die Sozial-Aktien-Gesellschaft Bielefeld, als engagierter Förderverein, kümmert sich seit 1998 um ein riesiges Areal. Auf diesem kann die traditionelle Herstellung von Ziegeln von der Förderung der Rohstoffe aus der Erde bis zum Brennen der Steine im Ofen nach-



Jan Korte auf Sommertour beim Kleingartenverein in Hecklingen

(Foto: privat)

vollzogen werden. Christine Urbat führte Jan Korte herum und berichtete u.a. von 13 Bürgerarbeitern, die das Gelände momentan in Schuss halten und von weitgereisten Gästen, die die hervorragend erhaltenen Anlagen aus dem 19. Jahrhundert bestaunen möchten.

Natürlich hatte Jan Korte auch wieder Schecks mit in den Wahlkreis gebracht. Die Abgeordneten der Linksfraktion hatten die letzte Erhöhung der Diäten für Bundestagsabgeordnete abgelehnt und spenden stattdessen an Einrichtungen in ihren Wahlkreisen. 100 Euro gab es z.B. für das Heimatfest in Neundorf, wo Bürgermeister Burkhard Hennicke und sein Stellvertreter Klaus Maaß den Scheck dankend entgegennahmen. In Hecklingen überreichte der Abgeordnete ebenfalls 100 Euro an Wehrleiter Heinz Broda und Bürgermeister Rüdiger Kosche. Der Nachwuchs der Hecklinger Feuerwehr wird diesen für ein Jugendlager nutzen.

Großer Beliebtheit erfreuten sich wieder die Grillabende mit aktiven Genossinnen und Genossen aus dem Salzlandkreis. Diese Abende sind mittlerweile zur Tradition geworden und immer eine gute Gelegenheit, um in angenehmer Atmosphäre in aller Ruhe ins Gespräch zu kommen. Sowohl vor der Heimatstu-

be in Unseburg, als auch vor der Feuerwehr in Peißen kamen die Genossinnen und Genossen aus dem Raum Staßfurt bzw. Bernburg bei bestem Wetter zusammen und verbrachten einen wunderschönen Abend.

Dank der Unterstützung vieler ehrenamtlich tätiger Genossinnen und Genossen war die Sommertour wieder ein großer Erfolg, was nicht zuletzt auch an der medialen Resonanz zu erkennen war. Allen Beteiligten gilt deshalb wieder ein großes Dankeschön.

Einen umfangreichen Überblick zur gesamten Sommertour gibt es unter http://www.jankorte.de/im_wahlkreis/.

Jörg Lemmert ist Wahlkreismitarbeiter von MdB Jan Korte

Besuchsfahrt in den Deutschen Bundestag

Zwei interessante und sehr informative Tage in Berlin

Christine Dockhorn

Auf Anregung von MdB Jan Korte, unserem Abgeordneten aus dem Salzlandkreis, wurde über den Presse- und Informationsdienst der Bundesregierung eine politische Bildungsreise organisiert. Ziel war am 28. und 29. Juni 2012 die Hauptstadt Berlin mit dem Bundestag und bedeutenden Gedenkstätten.

Gleich nach unserer Ankunft auf dem Hauptbahnhof in Berlin begannen wir mit der Stadtrundfahrt. Ein exzellenter Stadtführer der Agentur Sightseeing-Point und eine Reiseleiterin vom Presse- und Informationsdienst standen uns zur Verfügung. In den beiden Tagen besuchten wir die Gedenkstätte an der ehemaligen Mauer mit Erinnerung an die Toten, das Mahnmal für die Opfer des Holocausts und die Gedenkstätte Deutscher Widerstand (Stauffenberg-Gedenkstätte). Auf unserem Weg sahen wir den bekannten Checkpoint Charly, einen wichtigen Grenzübergang im geteilten Berlin zwischen 1945 und 1990.

Es ist wichtig, die drei Gedenkstätten im Zusammenhang zu sehen, um zu erkennen, dass man spätestens 1933 mit der Geschichtsschreibung beginnen muss. Wir wollen unsere jungen Menschen nicht mit den Sünden ihrer Großväter und Urgroßväter belasten. Es sollte ihnen aber eine Mahnung sein, keinem Anführer zu folgen, dessen Ideologie der Menschlichkeit widerspricht.

Zugegeben, die Geschichte und die aktuellen Verbrechen beweisen, dass es nicht immer leicht ist, das Verwerfliche dieser Ideologien rechtzeitig zu erkennen und sich von ihnen abzuwenden, ehe es zu spät ist. Wir sollten aber trotzdem nicht aufgeben.

Vielleicht denken auch einmal diejenigen Besserwisser nach, die sich über den „staatlich verordneten Antifaschismus“ und die „staatlich verordnete Völkerfreundschaft“ der ehemaligen DDR lustig machen. In der Nachwendezeit konnte sich hier die rechte Szene unbehelligt und sogar wohlbehütet entwickeln. In



Im Juni waren wieder 50 BürgerInnen aus dem Wahlkreis Anhalt zu Besuch im Deutschen Bundestag dem großen Eifer, alles Linke kritisch zu betrachten, wurde versäumt, auch einmal wachsam nach rechts zu blicken.

In den beiden Tagen hatten wir Gelegenheit zur Kontaktaufnahme mit unseren Volksvertreter/innen. Zuerst fand ein Informationsgespräch in der Landesvertretung Sachsen-Anhalt statt. Es folgte ein Informationsgespräch im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Eines der Themen war das Betreuungsgeld, welches zur Zeit die Gemüter bewegt. Bisherige Erfahrungen zeigen, dass schlagartig gerade die Kinder aus den Tageseinrichtungen abgemeldet werden, die dort eine Förderung für bessere Bildungschancen erhielten. So erhalten deren Eltern das Bargeld. Auf dem Arbeitsplan des Bundesministeriums steht auch ein „equal pay day for girls and boys“. Man kann nur hoffen, dass der Erfolg dem Aufwand entspricht.

Am Abend des ersten Tages gab es ein erholsames Ereignis: Abendessen und Rundfahrt auf einem Schiff der Stern- und Kreisschiffahrt.

Am zweiten Tag trafen wir uns zu einer Diskussion mit Jan Korte. Er berichtete uns von seiner Arbeit, die nicht immer leicht ist, weil sie meistens unter großem Zeitdruck erledigt werden muss.

Ein mit Spannung erwarteter Höhepunkt

war der Besuch einer Plenarsitzung im Reichstagsgebäude, wo wir nach einem gründlichen Sicherheitscheck von einem Balkon aus zuhören konnten. Bei unserer Ankunft schloss der Vertreter einer Regierungspartei gerade seinen Bericht über die Deutsche Bahn mit der Einschätzung, dass Herr Mehdorn dort alles richtig gemacht hat.

Danach gab es von den Vertreter/innen der anderen Parteien kritischere Töne zum Verbraucherschutz und besonders zu der Arbeitsweise der Banken und der unzureichenden Kontrolle. Die Redezeit war für jeden Vortragenden in der Regel auf vier Minuten begrenzt.

Das neue Wahrzeichen der Hauptstadt Berlin ist das Reichstagsgebäude, der Sitz des Bundestages. Das imposante Gebäude mit seiner Glaskuppel ist für eine Besichtigung besonders reizvoll.

Die Reise war in Bezug auf den politischen Inhalt und die zeitliche Abstimmung ausgezeichnet organisiert. Sie wird uns unvergesslich bleiben. Wir konnten auch mit der Gewissheit nach Hause fahren, als Wahlkreis den richtigen Mann in den Bundestag entsandt zu haben.

Christine Dockhorn ist Mitglied der BO Bernburg-Mitte

Sommerfest zum 5. Geburtstag der LINKEN

Jana Lankau

Am Freitag, dem 31. August, startete unser diesjähriges Sommerfest. Wir verbanden das Fest mit der Feier des 5. Geburtstages der LINKEN. Eingeladen hatten neben dem Kreisverband der LINKEN die beiden Abgeordneten Birke Bull und Jan Korte, die die Tradition des Sommerfestes schon vor 6 Jahren aus der Taufe gehoben hatten.

Das schöne Wetter, das abwechslungsreiche Programm und vielleicht auch die Erinnerung an gelungene Feste in den vergangenen Jahren bescherten uns einen Besucherrekord. Über 150 Gäste durften wir an diesem Nachmittag begrüßen, unter Ihnen viele Vertreterinnen und Vertreter von Vereinen, Initiativen und Parteien der Region. Auch Bernburgs stellvertretender Oberbürgermeister Paul Koller war erneut vor Ort und outete sich als großer Fan von Hartmut Schultz.

Der Bernburger Künstler eröffnete am Freitag die bereits 6. Ausstellung in unserem Bernburger Wahlkreisbüro. Unter dem Motto „Gestern-Heute“ zeigt er



Viel los rund um den Eulenspiegelbrunnen vor dem Bernburger Bürgerbüro

(Foto: privat)

Grafiken und Aquarelle aus den 80er und 90er Jahren, die sich u.a. mit der Wendezeit auseinandersetzen. Der streitbare Künstler nutzte die Eröffnung zur Kritik an den herrschenden Verhältnissen und plädierte für eine bessere Förderung der Kunstszene.

Neben der Ausstellungseröffnung gab es auch wieder ein Politquiz mit attraktiven Preisen, eine Spiel- und Bastelecke für die kleinen Gäste, reichlich kulinarische Versorgung und eine sehr gelungene musikalische Umrahmung durch das Staß-

furter Duo „Heinrich und Eddy“.

Dieses tolle Fest konnte nur durch den enormen ehrenamtlichen Einsatz zahlreicher Helferinnen und Helfer zu einem Erfolg werden, die dafür gesorgt haben, dass ausreichend Bänke aufgebaut, Kuchen verteilt, Würstchen gegrillt und Kinder betreut werden konnten. Dafür danken wir allen herzlich.

Jana Lankau ist Wahlkreismitarbeiterin von MdL Birke Bull

Sommertour von Sabine Dirlich

Ina Köhnkow

Die Bädertour im Rahmen unserer Sommertour führte uns nach Staßfurt und Umgebung. Erste Station war das Strandsolbad in Staßfurt. Gemeinsam mit dem Staßfurter Oberbürgermeister, René Zok, Frau Siebert und Frau Nettall, Mitarbeiterinnen der Stadtverwaltung, besichtigten wir die sehr gepflegte Anlage, auch vor dem Hintergrund der Zerstörung durch Hochwasser. Fakt: Das Bad muss städtisch bleiben. Zweite und dritte Stationen an diesem Tag waren der Löderburger- und der Albertinensee, privat geführte Erholungsanlagen. Sowohl Herr Schnock als auch Herr Loos schilderten Probleme. Die Wetterabhängigkeit hat finanzielle Einbußen zur Folge, Investitionen werden aber dennoch getätigt.

Weiteres Ziel unserer Tour war das „Grüne Labor“ Gatersleben. Aufgabe des in Trägerschaft des Vereins zur Förde-

rung des Schülerlabors „Grünes Labor Gatersleben e.V.“ ist, wie uns Frau Nettall erläuterte, Wissenschaft und Pflanzenforschung für Kinder ab 4 Jahre, für Begabte, Auszubildende, Lehrerinnen und Lehrer und alle Interessierten erlebbar zu machen. Außerdem dient es zur Studien- und Berufsorientierung sowie Lehrerfortbildung.

Die Laborbesichtigung forderte unser Diskussionpotential über Lust und Last chemischer Experimente in Schule und Studium heraus. Auch das Für und Wider sogenannter Grüner Gentechnik wurde thematisiert.

Alle Kräuter- und Gartenliebhaber/innen müssen aufhorchen, wenn sie „Ökostation Neugattersleben“ hören. Wir besuchten diese abermals, weil wir uns informieren wollten über das Weiter nach dem Trägerwechsel. Die Stiftung Evangelische Jugendhilfe in Bernburg über-

nahm die Ökostation im Jahr 2011 und hat viele Ideen zur Nutzung, welche zum Erhalt der Station wichtig sind. Neben der Umweltbildung und dem Angebot sozialer Projekte sollen nach dem Ausbau des Haupthauses seelisch behinderte Kinder in einer Wohngruppe betreut und gefördert werden. Frau Dr. Finck, Projektleiterin Umweltbildung in der Ökostation und derzeit einzig Festangestellte, sowie Frau Haude, Bereichsleiterin der St. Johannis GmbH, informierten uns sehr ausführlich über Ziele und die Zukunft dieses absoluten Kleinodes. Der Gang durch den riesengroßen Garten mit so vielen Kräutern, Gemüse und Obst war wieder eine Offenbarung, was Natur hervorzaubern kann.

Ina Köhnkow ist Wahlkreismitarbeiterin von MdL Sabine Dirlich

Vom Kreistag berichtet - Letzte Sitzung vor der Sommerpause

Klaus Magenheimer

Zu einer emotionsgeladenen Debatte führte der Beschlussvorschlag auf der Sitzung des Kreistages am 17. Juni, die Bundesstraße B 6 zur Bundesautobahn hochzustufen.

Der Kreistagsvorsitzende Zedler, Geschäftsführer einer Agrargenossenschaft, stellte als Anlieger seine ersten Befürchtungen dar, dass es auf der Grundlage des Gesetzes für erneuerbare Energien möglich ist, längst der Trasse jeweils 100 m rechts und links Photovoltaikanlagen aufzustellen. Es besteht die ernste Gefahr, weiteren wertvollen Boden zu verlieren. Nicht nur für ihn ist es nicht hinnehmbar, dass täglich 90 ha Ackerland für Baumaßnahmen verloren

gehen. Das bei der Tatsache, dass die deutschen Landwirte nicht mehr ausreichend Getreide produzieren und große Mengen importiert werden müssen. Die Entscheidung zu dieser Vorlage wurde auf den kommenden Kreistag vertagt.

Obwohl es momentan etwas ruhiger um die Neugestaltung der Krankenhauslandschaft nach dem Verkauf an AMEOS geworden ist, hat die Fraktion jedoch nicht vor, den Landrat aus der Verantwortung zu entlassen.

Öffentlich vorgetragen, übergab die Fraktionsvorsitzende Sabine Dirlich einen Fragenkatalog an den Landrat mit der Bitte um schriftliche Beantwortung.

So wollen wir u.a.wissen, wie hoch die tatsächlichen Kosten für die fehlgeschlagene Kündigung der Geschäftsführerin Frau Planert sind, wie sehen die endgültigen Ergebnisse des Verkaufs der Salzlandkliniken für den Landkreis aus, welche Kosten für die Tätigkeit des Transaktionsbüros entstanden sind, wie hoch sind insgesamt die Verluste, die durch den späteren Zeitpunkt des Verkaufs der Kliniken entstanden sind, auf welcher Rechtsgrundlage der Landrat das Notifizierungsverfahren betrieben hat, in welcher Weise der Landkreis in Zukunft in die Krankenhausplanung eingebunden ist?

Wer wendet hier Schaden von der Stadt ab? - Zur Biomethananlage in Staßfurt

Bianca Görke

Die Nationalakademie Leopoldina erarbeitete in einem wissenschaftlichen Gutachten eine Empfehlung für die Bundesregierung. Dieses Gutachten wurde im August veröffentlicht und erzürnt natürlich die Betreiber und Lobbyisten von Biogasanlagen.

Es geht darin um die Haltung gegenüber der Produktion von Bioethanol bzw. Biogas, und es soll auch die Förderpraxis innerhalb der EU überdacht werden.

Die Wissenschaftler führen ausführlich die Gefahren auf, die mit der Produktion von Biokraftstoff einhergehen. Tatsächlich wird sehr viel wertvolle Fläche gebraucht, es entstehen zu viele Treibhausgase und in naher Zukunft wird sich ein nicht unwesentlicher Konkurrenzmarkt zur Produktion von Nahrungs- und Futtermitteln ergeben. Sowohl eine Preissteigerung der Lebensmittel als auch der Fleischprodukte sind die Folge. Bereits in diesem Jahr kann die BRD ihren Bedarf an Getreide für Lebensmittel und Futter nicht selbst aufbringen. Teure Importe sind unerlässlich.

Die nachhaltige Schädigung der Böden ist ein weiterer negativer Aspekt in einer verfehlten Energiepolitik.

Die Wissenschaftler empfehlen einmütig, dass anderen regenerativen Energien wie zum Beispiel Photovoltaik bzw. Windenergie der

Vorzug gegeben wird.

Nun habe ich mich in Staßfurt eindeutig gegen die Errichtung einer Bio-Gasanlage ausgesprochen. Zum einen bewegten mich natürlich die verständlichen Sorgen der Anwohner wegen der zu erwartenden Emissionsbelastungen, des steigenden Verkehrsaufgebots sowie der Gefahren, die mit der Betreibung einer solchen Anlage daher gehen. Zum anderen bin ich prinzipiell nicht der Auffassung, dass es sich bei Biogasanlagen um zukunftssträchtige Modelle handelt. Dabei habe ich nicht grundsätzlich eine ablehnende Haltung. Ich halte kleine Anlagen in Kopplung an landwirtschaftliche Betriebe, bei denen Abfälle eine weitere Resteverwertung zu Biogas erfahren, für ökonomisch und ökologisch wertvoll.

Aber beim anvisierten Projekt handelt es sich eben um eine ganz andere Anlage, bei denen wertvolle Ölsaaten explizit dafür angebaut werden müssen.

Der Oberbürgermeister warf mir in einem Brief Polemik vor und meinte sogar, ich schade mit meiner Haltung der Stadt Staßfurt, selbst Wahlkampfaktiken unterstellte er mir auf sehr unschöne Weise. Die objektiven Analysen der Leopoldina besagen genau das Gegenteil. Derjenige, der nicht wertvolles Ackerland für die Energieproduktion

hergibt, ist - nach Meinung der Wissenschaftler - derjenige, der in Hinblick auf die Zukunft rational und ökologisch vernünftig handelt. Auch der angesprochene Synergieeffekt durch Kopplung an die Betreibung eines großen Gewächshauses ist nicht schlüssig. Es gibt keinen Grund, das Projekt des Gewächshauses nicht trotzdem zu betreiben - denn es gibt dort bereits Solaranlagen. Also an einer Anbindung an kostengünstige Energieträger kann es nicht liegen. Hier wird sehr viel Sand ins Getriebe geblasen, um einem Vorhaben eine Wichtigkeit einzupumpen, die es gar nicht verdient.

Die sehr massive Kritik seitens des Vereins für erneuerbare Energien, in dem zum Teil Abgeordnete vehement unter Druck gesetzt werden, trägt auch nicht zur Versachlichung der Situation bei.

Von Seiten der Verwaltung wünsche ich mir eine umfassende Betrachtung und nicht eine einseitige Bevorzugung von Wirtschaftsinteressen. Auch wenn Herr Zok 2008 als Kandidat der Wirtschaft antrat, sollte er jetzt die Interessen aller Bürger vertreten

Bianca Görke ist Mitglied in der Bürgerinitiative „Biogasanlage in Staßfurt - Nein Danke“

Kreisvorstand beginnt mit der Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes

Klaus Magenheimer

In seiner ersten Sitzung nach der Sommerpause am 29. August wertete der Kreisvorstand die politischen Aktivitäten in den beiden Sommermonaten im Kreisverband aus. Im Mittelpunkt standen vor allem die zahlreichen Treffen und Gespräche der Bundestagsabgeordneten und Landtagsabgeordneten und ihrer Begleitungen in Städten und Gemeinden, Kindertagesstätten, Bildungseinrichtungen, Vereinen, Traditionsstätten, Feuerwehren, Freibädern, Laboren, Kirchen, Gartenvereinen u.a.m. Mehrmals wurden sie durch öffentliche Bürgersprechstunden eröffnet. Jan Korte kam in seinem Wahlkreis wiederum mit aktiven Parteimitgliedern und Abgeordneten zu Grillabenden diesmal in Peißen und Unseburg zusammen.

Der Kreisvorstand beschäftigte sich umfangreich mit den Ergebnissen der Finanzarbeit im ersten Halbjahr und erörterte Maßnahmen zur Sicherung der

erforderlichen Einnahmen aber auch zur Reduzierung der Ausgaben.

Mit der Eröffnung des Wahlkreisbüros des Bundestagsabgeordneten Harald Koch geht am 19. September eine viel zulange Periode des Suchens nach geeigneter Räumlichkeit in Aschersleben zu Ende.

Erstmals wurden die aktuellen Aufgaben des Kreisvorstandes, der Basisorganisationen und ihrer Vorstände für die Vorbereitung der Bundestagswahl diskutiert. Alle anwesenden Mitglieder des Kreisvorstandes waren sich einig darin, dass alles Notwendige unternommen werden muss, um die erkämpften Direktmandate auch 2013 wieder zu erringen.

Eine frühzeitige Weichenstellung sollte dabei die Nominierungsveranstaltung für die Direktkandidatur im Wahlkreis Anhalt-Bitterfeld darstellen.

Für wichtig erachtet es der Kreisvorstand, sich mit der in der nächsten Zeit durch

den Parteivorstand zu beschließenden Strategie für den Bundestagswahlkampf zu befassen. An der am 20. September in Bernburg hierzu stattfindenden Veranstaltung mit Dr. Bernd Ihme von der Bundesgeschäftsstelle sollten deshalb möglichst viele Mitglieder teilnehmen.

Für die am 1. November 2012 im Köthener Bahnhofshotel geplante WahlkreisvertreterInnenversammlung sind in den kommenden Wochen nach einem entsprechenden Delegiertenschlüssel die Vertreterinnen und Vertreter in den betreffenden Basisorganisationen zu wählen. Für eine effektive Vorbereitung fühlt sich der in diesem Wahlkreis direkt gewählte Bundestagsabgeordnete Jan Korte persönlich verantwortlich und wird die erforderliche Unterstützung leisten.

Klaus Magenheimer ist stellvertretender Kreisvorsitzender

Auch das ist Basisarbeit - BO Bernburg-Talstadt unterwegs

Hella Käthner

Die Mitglieder der BO Bernburg-Talstadt hatten sich in ihrem Arbeitsplan eine Exkursion nach Reppichau vorgenommen. Warum gerade Reppichau? Was ist das für ein Nest? Wo liegt das? Was gibt es dort?

In Reppichau lebte Eyke von Repkow. Über sein Leben und Wirken wollten wir uns informieren. Eyke von Repkow sammelte die im Zeitraum von 1220 – 1230 geltenden Rechtsvorschriften. So entstand in der Historie das erste Gesetzbuch, der „Sachsenspiegel“.

Eyke von Repkow war Bürger Reppichaus und verbrachte dort einen Teil seines Lebens. Den „Sachsenspiegel“ aber trug er auf der Burg Falkenstein zusammen. Dort hatte er die besseren Bedingungen und finanziellen Mittel. Der kleine Ort Reppichau aber entsann sich seines berühmten Sohnes. Ein Förderverein begann bereits vor Jahrzehnten mit einer Sammlung und Darstellung der Erkenntnisse, die an Eyke von Repkow erinnerten.

Mit einer Führung von etwa 2 Stunden durch den Ort und dem Besuch des



Die BO Bernburg-Talstadt unterwegs in Reppichau

(Foto: privat)

dortigen Museums mit Herrn Schröder vom Förderverein konnten wir uns einen sehr interessanten Überblick über das Leben des Eyke von Repkow verschaffen.

Uns faszinierte, was die Bürgerinnen und Bürger dieses kleinen Ortes, natürlich auch Maler, Kunstschmiede und andere Künstler, geleistet haben, um das interessante Leben des Eyke von Repkow in Figuren im Ort und mit Gemälden an den Häuserwänden darzustellen.

Diese Führung war so umfangreich, dass wir uns erschöpft in einer ebenfalls

so gestalteten kleinen Gaststätte eine Tasse Kaffee und ein wunderbares Stück Kuchen schmecken ließen.

Wir sind der Meinung, dass auch ein bisschen Kultur und Bildung und gemütliches Beisammensein zur Basisarbeit gehören und nicht immer nur Versammlungen und Politik. Einmal im Jahr ist das möglich. Wir würden uns freuen, wenn andere Basisorganisationen uns das nachmachen.

Hella Käthner ist Vorsitzende der BO Bernburg-Talstadt

Bernburger LINKE unterstützt neues Tierheim

Jörg Lemmert

Am 1. September wurde im Bernburger Ortsteil Plömnitz das neue Tierheim vom Tierschutzverein Bernburg und Umgebung e.V. eröffnet. Zum Tag der offenen Tür auf dem Gelände des ehemaligen Feuerwehrtechnischen Zentrums kamen neben Landrat Gerstner und vielen interessierten Bürgerinnen und Bürgern auch Mitglieder des Ortsvorstandes der LINKEN Bernburg. Nach einem Rundgang über das mit ca. 40.000 Euro modernisierte Areal, das den bisher im Nienburger Ortsteil Latdorf beheimateten Tieren reichlich Platz bietet, gab es ein kurzes Treffen mit Tierheimchef Volker Liebchen. Dieser berichtete u.a. von dem enormen ehrenamtlichen Einsatz vieler Mitstreiterinnen und Mitstreiter, ohne den die Modernisierung der Gebäude auf dem Gelände nicht denkbar gewesen wäre. Zur Eröffnung hatten die LINKEN natürlich auch kleine Geschenke mitgebracht: Für die Katzen und Hunde des



Das Bernburger Ortsvorstand zu Gast im Plömnitzer Tierheim

(Foto: privat)

Heimes gab es Futterspenden. Stadtrat Balzer sicherte Liebchen bei dieser Gelegenheit weitere Unterstützung durch die Bernburger Stadtratsfraktion zu.

Jörg Lemmert ist Mitglied im Ortsvorstand der Bernburger LINKEN

Mitgliederversammlung mit Bürgerinitiative

Christian Jethon

Mitglieder und Sympathisanten der Nienburger Basisorganisation trafen sich am 10. Juli zu einer Mitgliederversammlung. Neben interessierten Bürgerinnen und Bürgern waren diesmal auch vier Vertreterinnen der Gerbitzer Bürgerinitiative für einen kommunalen Kindergarten im Nienburger Ortsteil erschienen, die auf Einladung der BO ihr Anliegen vorstellten.

Ziel der Bürgerinitiative ist es, die Entscheidung des Stadtrates, die einzige kommunale Kita der Einheitsgemeinde im Nienburger Zentrum anzusiedeln, zu kippen. Hierfür konnte die Initiative im Rahmen eines Bürgerbegehrens, das auch von der Nienburger LINKEN unterstützt wurde, über 1200 Unterschriften sammeln. Obwohl die notwendige Unterschriftenzahl damit mehr als erreicht worden ist, hat der Stadtrat inzwischen das Bürgerbegehren aus angeblichen formellen Fehlern für unzulässig erklärt. Dagegen wird die Bürgerinitiative und DIE LINKE

Stadtratsfraktion bei der Kommunalaufsicht Widerspruch einlegen und ggf. auch den Rechtsweg bestreiten.

Inhaltlich unterstützt DIE LINKE das Vorhaben, weil die Schließung der letzten kleinen kommunalen Kitas in den eingemeindeten Dörfern und die Ansiedlung eines möglichen Kita-Neubaus im Nienburger Ortskern zum weiteren Ausbluten der neuen Ortsteile führen würde. Überdies hat sich der vom Stadtrat beschlossene Standort an der Burgstraße schon im Konflikt um den neuen Kindergarten des Rückenwind e.V. aus mehreren Gründen als ungeeignet erwiesen. So sind dort nachbarschaftsrechtliche Probleme weiterhin ungeklärt und das für einen Umbau vorgesehene alte Kino müsste zunächst aus Privatbesitz erworben werden. Darüber hinaus hat die Bürgerinitiative darauf hingewiesen, dass das ehemalige Kino möglicherweise mit Schwermetallen belastet ist, da es zuvor jahrzehntelang als

Kupferschmiede genutzt wurde. Aus diesen Gründen und wegen einer zu kleinen Außenspielfläche hatten sich bereits 2011 eine Bürgerinitiative und 1350 Bürger der Stadt mit ihren Unterschriften erfolgreich gegen die damalige Standortentscheidung der Stadtratsmehrheit gewandt.

Weiteres Thema der Mitgliederversammlung war der Göttinger Bundesparteitag unserer Partei. Lothar Boese berichtete als Delegierter unseres Kreisverbandes vom Parteitag, auf dem nach langen und kontroversen Diskussionen mit Katja Kipping und Bernd Riexinger ein neues Führungsduo gewählt worden ist.

Zum Schluss einer gelungenen Veranstaltung zogen Mathias Henning und Christian Jethon noch eine kurze Halbzeitbilanz ihrer Arbeit als Mitglieder der Stadtratsfraktion.

Christian Jethon ist Vorsitzender der BO Nienburg

Kreisvorstand und Redaktion
gratulieren im
September
recht herzlich

zum 98. Geburtstag
Heinrich Bode

Zum 95. Geburtstag
Frieda Henneberg

Zum 90. Geburtstag
Ursula Sperling
Rudolf Trübe

Zum 86. Geburtstag
Karl Schuster

Zum 85. Geburtstag
Hildegard Walther
Ludwig Bilek

Zum 84. Geburtstag
Gerda Vester
Ruth Kopizerra
Wolfgang Ahrens

Zum 84. Geburtstag
Helmut Brink

Zum 82. Geburtstag
Horst Osterloh

Zum 81. Geburtstag
Ruth Walter
Lore Taraba
Ingeborg Schneider
Ewald Reisberg
Heinz Dietmann

Zum 65. Geburtstag
Christine Bittner
Günter Fahtz

Zum 60. Geburtstag
Martina Schaar

Wir gratulieren auch allen
anderen Mitgliedern unseres
Kreisverbandes, die im September
Geburtstag haben

Mit der vorigen Ausgabe beendete
Rüdiger Wendt seine Tätigkeit in
unser Redaktion.
Seit 2007 hat er in zuverlässiger und
engagierter Weise den größten Teil
der Artikel gesetzt. Dafür danken wir
ihm im Namen des Kreisvorstandes
und der Redaktion sehr herzlich.
Wir wünschen Dir, lieber Rüdiger,
für die kommende Zeit alle Gute, vor
allem stets beste Gesundheit.
Kreisvorstand DIE LINKE
Redaktion DLZ

**Die Strategie der Partei DIE LINKE
zur Bundestagswahl 2013**
Vortrag und Diskussion mit
Dr. sc. Bernd Ihme
am Donnerstag, dem 20.09.2012,
um 18 Uhr in der Alten Molkerei in
Bernburg (Nienburger Straße 16).

**Mitgliederversammlung und Vor-
standwahl DIE LINKE Staßfurt**
Der Ortsvorstand lädt am
20.10.2012 um 9 Uhr in das Frakti-
onsbüro nach Staßfurt. Unser Gast:
MdB Jan Korte.

Sitzung des Kreisvorstandes
Der Kreisvorstand tagt wieder am
27.09.2012 um 18 Uhr im Frakti-
onsbüro Staßfurt (Grenzstraße 11).

**DIE LINKE Aschersleben vor Ort
im Gespräch**
Am 11. Oktober um 10 Uhr auf dem
Holzmarkt in Aschersleben.

Einsendeschluss für die nächste
DLZ ist der 01. Oktober 2012 und
Redaktionsschluss war der 06.
September 2012

Nachruf
In stiller Anteilnahme
Günther Vahldieck
BO Bernburg-Staßfurt
Kreisvorstand



Nachruf
In stillem Gedenken
Gerda Kolodziej
BO Aschersleben 7
Kreisvorstand



Nachruf
In stiller Anteilnahme
Erna Kuhlfärber
BO Calbe
Kreisvorstand



**DIE LINKE Bernburg beim „Kick
gegen Rechts“**
Neben unser LINKEN Freizeitkicker-
Manschaft werden in diesem Jahr
auch die „Roten Socken“ von der
Bundestagsfraktion dabei sein.
Los geht es am 29.09.2012 um 10
Uhr auf dem Sportplatz der Sekun-
darschule Süd-Ost (Krummacher-
ring 45).

DIE LINKE ZEITUNG
Herausgeber:
Kreisvorstand DIE LINKE.
Salzlandkreis
Tel.: 03471/310492
Mail: dielinke-salzlandkreis@t-online.
de
06391 Bernburg, PF 1104
Redaktion :
Friedrich Schütz (V.i.S.d.P),
Joachim Redmann,
Klaus Magenheimer,
Jörg Lemmert
Bei nicht vereinbarten und nach Redakti-
onsschluss eingegangenen Artikeln kann
die Veröffentlichung nicht garantiert werden.